

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 220.

Neuenbürg, Mittwoch, den 20. September 1922.

80. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 19. Sept. Der Gesamtvorstand des Zentralverbandes württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamten nahm in einer außerordentlichen Tagung Stellung zu den derzeit bestehenden wichtigen Beamtenfragen. Es wurde anerkannt, daß die Beamtenorganisation auf rein neutraler Grundlage aufgebaut sein müsse. Sodann wird eine sofortige Neuregelung der Befoldung im Sinne einer Reueffektivierung der Grundgehälter, die auch der untersten Befoldungsgruppe unter allen Umständen das Existenzminimum bringt, gefordert, sowie eine gezielte Regelung der Bezüge der nebenberuflichen Beamten und eine Revision der Gruppeneinteilung. Endlich wird ein Eingreifen der Reichsbehörden in rein württ. Angelegenheiten abgelehnt. Das Schlußgesetz wurde gebilligt, da die württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamten trenn zur Verfügung und Republik stehen.

Karlsruhe, 19. Sept. Das Ministerium des Innern hat aufgrund des Gesetzes zum Schutze der Republik den „Verband nationalsozialistischer Soldaten“ und die „Deutschnationalistische Partei“ für den Freistaat Baden verboten und die Ortsgruppen dieser Verbände, soweit solche in Baden bestehen, aufgelöst.

Augsburg, 19. Sept. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag gab der Vorsitzende Wels bekannt, daß zu dem Einigungsparlament 144 Reichstagsabgeordnete zu entsenden wären. In der Aussprache wurde betont, daß die Reichstagsabgeordnete in einer Kabinettsfrage werden könne, da die werktätige Bevölkerung kein Interesse an der Beibehaltung der Koalition mit den bürgerlichen Parteien habe.

Berlin, 18. Sept. In der letzten Zeit hat sich die Notwendigkeit ergeben, einzelnen Stellen die Erlaubnis zur Ausgabe von Notgeld zu erteilen. Soweit trotz der sehr stark gesteigerten Notenausgabe seitens der Reichsbank auch weiterhin das dringende Bedürfnis zur Beschaffung von Notgeld sich zeigen sollte, wird der Reichsminister der Finanzen nach Prüfung eines jeden Falles diese Genehmigung auch weiterhin erteilen. Diese wird an die Bedingung geknüpft, daß die Stellen, die die Genehmigung erhalten, nach Maßgabe des Umfangs der Ausgabe und nach Abzug der nachgewiesenen Herstellungskosten einen den Gegenwert darstellenden Betrag an die Reichsbank abzugeben. Berlin auf ein eintragendes Sparkonto unter näher festzulegenden Bedingungen abzuführen. Die Ausgabe von Notgeld, Gutschein und dergl. ohne Genehmigung des Reichsministers der Finanzen oder in Abweichung von den getroffenen Bestimmungen ist nach dem Gesetz vom 17. Juli 1922 unzulässig und strafbar.

Berlin, 19. Sept. Die Postinspektoren und Postamtbeamten forderten auf ihrer Jahresversammlung eine bessere Bewertung der Kopiarbeit, da die Befoldungsklassen 8-10 in gar keinem Verhältnis zum aufgewandten Wissen und zur geforderten Bildung stünden. Die ganze Geistesarbeiterchaft wird mit Spannung verfolgen, was aus dieser Forderung wird. — Ohne Angabe von Gründen hat das Staatsministerium die Stadtverordnetenversammlung in Künzelsau bei Halle, wo die Linkspartei vor einiger Zeit ihre Mandate niedergelegt hatten, ohne daß die Versammlung beschlußfähig geworden wäre, für aufgelöst erklärt. Es müssen Neuwahlen stattfinden. — Die Gerichte, daß der ehemalige Kaiser infolge seiner Wiedererhebung in Konflikt mit seiner Familie gekommen sei, sind anzutreffend. Alle Mitglieder des kaiserlichen Hauses setzen die Einmütigkeit in der Wilhelm II. in Dornau zu leben gezwungen ist, und versetzen seinen Schritt. Sowohl der Kronprinz wie auch mehrere andere Söhne des Kaisers werden an der Hochzeitsfeier teilnehmen. Die Braut befindet sich gegenwärtig auf Besuch bei ihrer Auserwählten der Großherzogin von Baden auf der Insel Mainau.

Zentralforderungen der bayerischen Beamtenschaft.

München, 19. Sept. Die bayerische Beamtenschaft stellt nach der „München-Augsburger Abendzeitung“ folgende acht Forderungen: 1. Uebertragung des Schutzes der Konventionen aus dem Bereiche des Landwirtschaftsministeriums in jene des Ministeriums des Innern, 2. Ausbau der Landeswiderstände mit diktatorischer Gewalt, 3. sachgemäße und beschleunigte Befolgung von Wucher und Kreditreiterei, 4. sofortige Maßnahmen gegen Boden-, Miet-, Pacht- und Leistungswucher, 5. schärfer Konzeptionszwang gegen alle Arten von Kuriositäten, 6. Bildung eines Sozialfonds, 7. vierteljährliche Voranschauung des Gehalts mit sofortiger Wirksamkeit, 8. Unterstützung der wirtschaftlichen Selbsthilfe der Beamten durch Bereitstellung eines unverzinslichen größeren Darlehens.

Bauernführer Dr. Heim über Bayern und Reich.

München, 18. Sept. Der bekannte Bauernführer Dr. Heim hielt gestern auf der berittenen Bauernversammlung in Tantenhausen eine höchst bemerkenswerte Rede, in der er sich zunächst über den wirtschaftlichen Niedergang und dann über die Politik Bayerns gegenüber dem Reich äußerte. Dr. Heim führte dabei aus:

Wenn ich vor einem Jahre an gleicher Stelle gesagt habe, wir seien noch nicht am tiefsten Punkt angelangt, so muß ich das heute leider wiederholen. Wie kann es besser werden. Die Schuld auf den Verfall der Wirtschaft zu schieben, ist ein Verstum. Wir müssen auch zu einer inneren Reform kommen. Es wird immer verlangt, Bayern müsse sich selbständig vorgehen. Wenn Bayern allein nicht helfen kann, so ist das eine Folge der gesamtstaatlichen Weimarer Verfassung. Wir tragen sie, aber wir bekämpfen sie, solange wir noch Atem in uns haben, denn sie ist gemacht gegen den Willen des bayerischen Volkes. Wir

können aber nur geschwählig vorgehen oder ungeschwählig, entweder parlamentarisch oder mit Gewalt. Den letzteren Weg, den Weg des Putzschens und der Trennung vom Reich gehe ich heute nicht mit. Es ist nicht zu übersehen, daß bei uns in Bayern Leute herumgehen, welche in kurzer Dose die Urkayern spielen, wenn auch der Dialekt etwas holprig ist. Diese wollen Bayern nur als Sprungbrett für großpreussische Politik benutzen. Da macht der Dr. Heim nicht mit. Wir werden jedem Konflikt mit dem Reich solange ausweichen, wie es geht. Wenn es einmal zum Kerkerstein kommt, muß das Unrecht bei den anderen sein, dann haben wir auch das übrige Deutschland, soweit es recht und billig denkt, hinter uns. Zum Schluß richtete Dr. Heim an die Anwesenden die Mahnung, jederzeit gut bayerisch zu sein. Treue um Treue! Treue zur Heimat und Treue zu denen, die uns Jahrhundert hindurch die Heimat treu verwalteten.

Deutscher Städtetag.

München, 19. Sept. Der Deutsche Städtetag hat seine Beratungen in München beendet. Für die Allgemeinheit kommen drei Fragen in Betracht: 1. Die Kohlenversorgung, 2. die Finanzlage der Städte, und 3. die Ernährung. In der Kohlenversorgung wurde sich der Deutsche Städtetag klar, daß der kommende Winter vor allem der städtischen Bevölkerung größte Schwierigkeiten bereiten wird, und daß alles daran gesetzt werden muß, um die städtische Bevölkerung mit Hausbrand wenigstens notdürftig zu versorgen. Der Deutsche Städtetag fordert daher die verantwortlichen Stellen auf, in der Frage der Kohlenversorgung alles zu tun, um wenigstens das Notdürftigste zu erreichen. Der Deutsche Städtetag erklärt es für dringend notwendig, daß alles getan werde, um einer weiteren Verschärfung des deutschen Erzeugungsgebietes in Oberschlesien entgegenzutreten, und daß die durch die vorläufige Grenzfestsetzung betroffenen staatl. Kohlengruben der deutschen Wirtschaft erhalten bleiben. Der Städtetag rechnet aber auch mit Bestimmtheit darauf, daß der deutsche Bergbau die Mittel der städtischen Bevölkerung würdigen und zu ihrer Unterbringung im kommenden Winter das Ueberfließenabkommen in vollem Umfange durchführt. Als zweiter Hauptpunkt war die Finanzlage der Städte zu besprechen. Darüber ist kein Wort zu verlieren, daß die Finanzlage der Städte geradezu hoffnungslos ist. Es hat sich gezeigt, daß die vom Reichsfinanzministerium gewährten Vorschüsse nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Infolgedessen fordert der Deutsche Städtetag eine Verdoppelung der vom Reichsfinanzministerium in Aussicht gestellten allgemeinen Vorschüsse und deren Auszahlung bis spätestens Ende September. Die dritte Frage der deutschen Städte ist die Ernährung, und vor allem die Ernährung der Armen und der in öffentlicher Fürsorge stehenden Minderbemittelten. Der Vorstand des Deutschen Städtetags hielt die Vereinheitlichung des Unterhaltungsbedarfes auf den verschiedenen Gebieten für notwendig, und beauftragt mit der weiteren Ausarbeitung seiner Vorschläge den Wohlfahrtsausschuß des Deutschen Städtetags.

Demokratische Wirtschaftstagung.

Eisenach, 17. Sept. Die erste Hauptversammlung des Reichsausschusses der Deutsch-demokratischen Partei für Handel, Industrie und Gewerbe wurde am Samstag morgen in Eisenach eröffnet. Zahlreiche führende Persönlichkeiten der Wirtschaftspolitik waren erschienen. So u. a. Staatsminister a. D. Dernburg, Minister a. D. Goßweim, Finanzminister Dr. Schall-Stuttgart, Dr. Hermann Fischer, M. d. R., Dr. Hermann Deutsch-Berlin (M. d. G.), Staatsminister Dr. Fischel-Berlin, Dr. C. Weidner-Darmstadt.

Die Eröffnungsvorrede hielt Reichstagsabgeordneter Dr. Ing. Wieland. In den Anfang seiner Ausführungen leitete Dr. Ing. Wieland das Besondere zur Verfassung und zur Republik und findet Worte der Trauer über den Verlust Dr. Rathenaus, dessen Ernennung die Wirtschaft besonders stark erschüttert hat. Wirtschaft und Politik müssen Hand in Hand gehen, und der Reichsausschuß soll die Verbindung zwischen Wirtschaft und Politik herstellen. Dr. Rathenau hat einmal das Wort geprägt: Die Wirtschaft ist das Schicksal. Das Reichswirtschaftsministerium aber hat sich leider zu sehr der theoretischen, weniger der praktischen Lösung der Wirtschaftspolitik zugewandt. Die Wirtschaftspolitik der Entente sind nicht in der Lage, europäische Wirtschaftsprobleme zu lösen. Der Redner hält das jüngste Stinnesabkommen für eine Folge und Fortsetzung der Wiesbadener Verhandlungen und erachtet es als unvereinbar mit der künftigen deutschen Wirtschaftspolitik, wenn dieses Stinnesabkommen von irgend welcher Seite bekämpft wird. Das Abkommen kann als praktische Lösung der Reparation oder wenigstens als ein Schritt dazu angesehen werden. Zum Schluß einer mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ansprache sagte Dr. Ing. Wieland:

Der Versailles Vertrag ist die Fortsetzung des Krieges, und der Sturz der Mark eine Folge der Ententepolitik. Die Erklärung Poincarés über den absehbaren Marksturz in Deutschland ist eine Lüge. Mittl und Keynes sind die Stützen unserer Ansicht, daß wir den Versailles Vertrag nicht erfüllen können. Die Wirtschaftskrise muß erhalten bleiben. Der Egoismus muß schwinden und die wirtschaftliche Moral muß wieder hochkommen. Erhöhte Arbeitsleistung muß die Parole der Zukunft sein. Trohnen im wirtschaftlichen Staat muß ein Ende bereitet werden. Nur durch Steigerung der Produktion kann Deutschland Genesung finden.

Nach Erledigung der internen Angelegenheiten sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Hermann Fischer über das Thema:

Die nächste wirtschaftspolitische Arbeit des Reichsausschusses. In der Nachmittagsversammlung hielt Professor Schmalenbach einen Vortrag über: die Genesung der deutschen Wirtschaft und Beschaffung einer stabilen Rechnungseinheit. Am Abend nahm im Rahmen eines Gesellschaftsabends Dr. Wieland zu dem Thema: „Privatwirtschaft als Grundlage des deutschen und weltwirtschaftlichen Wiederaufbaus“ das Wort. Am Sonntag morgen betriehte der Parteivorstand Senator Dr. Peterken die Versammlung. Anschließend wurden Referate von großem Interesse gehalten: Gegenwartsfragen der deutschen Außenhandelspolitik, Reichstagsabgeordneter Reinhold Dr. v. Siemens über deutsche Industriepolitik und als Abschluß sprach Dr. Hermann Fischer über die finanzpolitische Ordnung der deutschen Wirtschaft.

Ausland.

Strasbourg, 19. Sept. Die Hofkönigsburg soll bei dem nächsten Besuche Millerands und Poincarés im Elsass mit großer Feierlichkeit als „Wahrzeichen der Befreiung Elsass-Lothringens aus der deutschen Herrschaft“ zum französischen Nationaldenkmal erklärt werden. Voraussichtlich wird die Feier in der ersten Hälfte des Oktober stattfinden.

Schwierigkeiten in der Balkanfrage.

Paris, 18. Sept. Die einmütige Ablehnung der englischen Note über die Orientfrage sowohl wie die Form ihrer Bekanntgabe beweist deutlich genug die Schwierigkeiten, in denen sich die französische Regierung in der Balkanfrage befindet. Wenn die Presse heute morgen auf Weisung des Außenministeriums die englische Note ablehnt, wobei die Blätter sich so ausdrücken, wie „englischer Wahnsinn“, so ist heute Abend auf die erste Ueberraschung eine große Verunsicherung gefolgt. Es bleibt, kurz gesagt, für Frankreich keine andere Wahl, als entweder mit England zu brechen, oder sich England anzuschließen und die Weisungen gegen die vorrückenden Türken zu verteidigen. Poincaré ist heute mittig eilig von seinem Landgut nach Paris zurückgekehrt. Noch im Laufe des heutigen Tages oder spätestens morgen früh wird Frankreich nach Informationen an gut unterrichteter Stelle eine Note an England richten, die in den Hauptzügen folgenden Befagen dürfte. Frankreich lehnt die Entsendung weiterer großer Truppenmassen nach dem Balkan ab. Die dort befindlichen Truppen reichen völlig aus und wegen der Freiheit der Meerengen hat die Regierung von Angora Frankreich durchaus genügende Zusicherungen gemacht. Die Frage wegen Konstantinopel wurde bereits im März geregelt. Die ganze Verantwortung für die neue Situation fällt auf England zurück. Frankreich ist keineswegs gewillt, sein Vorkriegs in der mohammedanischen Welt zu Gunsten Englands zu verberben. Von allen Presseäußerungen ist als charakteristischste die des offiziellen „Petit Parisien“ hervorzuheben, der sagt, die Jahrhunderte alte Symbiose Frankreichs für die Türkei sei wieder gewickelt. Weder Italien noch Frankreich widersetzen sich der Revision des Vertrages von Sevres.

Friedensanerbieten Kemal Paschas.

Die britische Regierung hat ein Telegramm Kemal Paschas erhalten, in dem er erklärt, daß er England nicht für seinen Feind ansehe und bereit sei, über den Frieden zu verhandeln. Inzwischen wird in London auf alle Fälle getrieben. Gestern fanden zwei Konferenzen statt, in denen die Frage des nahen Ostens in Gegenwart der Chef der Presse, des Armeechefs und des Flugwesens besprochen wurden. Man beriet die Maßnahmen, die zum Schutze der Freiheit der Dardanellen ergriffen werden müßten. Es wurde beschlossen, daß die bereits auf dem Wege befindlichen Verstärkungen der Armee, der Flotte und des Luftdienstes im Notfall von England aus vergrößert werden soll, obwohl die Regierungen von Australien und Neuseeland ihre Unterstützung angeboten haben. In England sind bereits mehrere Truppenteile marschbereit gemacht worden. Gegen die Absichten der Regierung, Truppen nach Konstantinopel zu senden, wird von der Arbeiterschaft Widerspruch erhoben. Auf der Jahreskonferenz der Vereinigung städtischer Arbeiter in London kam es zu einem Beschluß, in dem erklärt wird: Die Arbeiter verpflichten sich, daß nicht ein Mann oder ein Schiff oder eine Patrone das Land verlassen soll, um den Krieg zu unterstützen.

Die Dominions unterstützungsbereit.

London, 18. Sept. Neuter meldet aus Wellington in Neuseeland, daß der Premierminister Massey erklärt habe, die britische Regierung habe mit der Regierung von Neuseeland bezüglich der Möglichkeit eines türkischen Angriffs in Fühlung gehalten. Die Regierung von Neuseeland habe Lord George ihren Beschluß mitgeteilt, und dieser Beschluß sei durch eine Vollziehung des Kabinetts bestätigt worden, daß die Regierung von Neuseeland wünsche, sich der Regierung von Großbritannien bei einem jeden Schritte, der unternommen würde, anzuschließen, und daß sie bereit sei, ein Truppenkontingent zu entsenden. Massey fügte hinzu, er hoffe jedoch, daß ein Krieg vermieden werden würde. Aber wenn der Frieden aufrecht erhalten werden sollte, dann müsse den gegenwärtigen Schwierigkeiten energisch und ohne Verzug entgegengetreten werden. Nach einer Plattermeldung aus Melbourne hat der australische Premierminister an Lord George telegraphiert, daß Australien an einer jeden Aktion teilnehmen werde, die nötig sei, um die Unantastbarkeit Gallipolis zu sichern. Es sei bereit, ein Kontingent zu stellen. — Neuter erfährt aus Ottawa, daß wahrscheinlich eine Sonder Sitzung des Parlaments einbe-

... rine, Militär- und ...
... d Beauty, Lord ...
... führung wurde heute ...
... tzung, daß das ...
... r Türkei vorbereite, ...
... durchaus keinen ...
... te auch nicht, daß ...
... ten werde.
... et aus Bombay, daß ...
... medanern Indiens ...
... über wurde als ...
... Die mohammedanischen ...
... tionen mit türkischen ...
... durch die Straßen ...
... Die Moscheen ...

... te Knappheit in ...
... Klapp-Sportwagen ...
... bis hochsein.
... Ruhefrühe, ...
... Lederwaren ...
... führung kaufen Sie ...
... Pforzheim, ...
... nad Baumstrasse.

... Knappheit ...
... Weiteres meine ...
... nur noch von ...
... abends 6 Uhr ...
... Meisel.
... d Donnerstag, den ...
... mheit auf Einkaufs ...
... Men.
... Bereinigung ...
... und Umgebung ...
... rung aller Betriebs ...
... sehen wir uns gen ...
... g zu erhöhen.
... oder bei der Besch ...
... erlangt werden.

... gsführer: ...
... ammer.
... zeigen ...
... tiefreform ...
... chdruckerei, ...
... om

... Wohnort: ...
... Straße und ...

Regelung der Orientfrage nur indirekt durch diese Reuter-Note Kenntnis erhalten habe. Sie hat gleichzeitig betont, daß sie den Absichten der englischen Regierung abgeraten hätte, wenn sie davon gewußt hätte. Die Erklärung, die Poincaré jetzt in London abgegeben läßt, läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die französische Regierung ist der Ansicht, daß es mindestens unklar ist, auf die Türkei einen Druck auszuüben, der eine starke Wirkung auf die ganze moslemitische Welt haben müßte. Der französische Ministerpräsident lehnte die englische Regierung davon in Kenntnis, daß er ihr in ihrer Politik einer militärischen Aktion nicht folgen kann, die neben anderen Folgen nach diejenige nach sich ziehen würde, daß die französischen Truppen an der Seite der griechischen Truppen kämpfen müßten, was die französische Regierung als vollständig unzulässig betrachte. Gleichzeitig mit dieser Mitteilung an die englische Regierung sei vom Cui d'Orsay dem französischen Oberkommissar in Konstantinopel mitgeteilt worden, daß innerhalb 24 Stunden alle französischen Truppen zurückgezogen seien, die an gewissen Punkten der asiatischen Küste gelandet worden seien, um jeden Zusammenstoß mit den Kemalisten zu vermeiden.

London, 19. Sept. Der Befehl der französischen Regierung, betreffend die Ueberführung der französischen Truppen auf die europäische Seite der Dardanellen erregt allgemein Aufsehen. „Daily Express“ bezeichnet diese Meldung als eine Bombe aus Paris. Das britische Reich sei bereit, falls sich ein feindlicher Angriff entwickeln sollte, zur Verteidigung der Freiheit der Meeresengen allein zu handeln. Diese Absicht sei gestern abend nach den beiden langen Kabinettskonferenzen ausgedrückt worden. In England befindliche Streitkräfte würden vorbereitet, um unterzögig nach dem nahen Osten geschickt zu werden. „Daily Express“ schreibt, seit Veranlassung des Weltkrieges habe kein Ereignis von solchem Ernst die Politik Europas geführt. Die mögliche Veränderung der Politik der französischen Regierung habe die englische Regierung vollkommen überrascht. Man müsse sich fragen, ob die Entente und die Allianz diese neuen Schläge überwinden könnten.

Die neuen Postgebühren.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 1. Oktober 1922 an in Post-, Postfach- und Telegrafendienst innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:
Für Postkarten im Ortsverkehr 1,50 Mark, für Postkarten im Fernverkehr 3 Mark;

für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 2 Mark, über 20 bis 100 Gramm 4 Mark, über 100 bis 250 Gramm 6 Mark; für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 6 Mark, über 20 bis 100 Gramm 8 Mark, über 100 bis 250 Gramm 10 Mark; für Druckfachen bis 20 Gramm 1 Mark, über 20 bis 50 Gramm 1,50 Mark, über 50 bis 100 Gramm 3 Mark, über 100 bis 250 Gramm 6 Mark, über 250 bis 500 Gramm 8 Mark, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 10 Mark; für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Höflichkeitsformeln mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 1 Mark; Ansichtskarten die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postartengebühr;

für Geschäftsbriefe und Mitteilungen bis 250 Gramm 6 Mark, über 250 bis 500 Gramm 8 Mark, über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 10 Mark; für Warenproben bis 250 Gramm 6 Mark, über 250 bis 500 Gramm 8 Mark; für Pakete bis 1 Kilogramm 12 Mark; für Pakete bis 5 Kilogramm in der Rahzone 30 Mark, in der Fernzone 80 Mark, über 5 bis 7 1/2 Kilogramm 40 bzw. 120 Mark, über 7 1/2 bis 10 Kilogramm 60 bzw. 180 Mark, über 10 bis 15 Kilogramm 100 bzw. 280 Mark, über 15 bis 20 Kilogramm 140 bzw. 360 Mark; Pakete von Wertgegenständen, die nur Zeitungen oder Zeitschriften enthalten — sogenannte Zeitungs Pakete — bis 5 Kilogramm in der Rahzone kosten 15 M.; für Wertsendungen (Wertbriefe und Wertpakete) die Gebühr für eine gleichartige eingeschriebene Sendung und die Versicherungsgebühr, die beträgt für je 1000 Mark der Wertangabe 3 Mark, mindestens bei einer Sendung 5 Mark;

für Postanweisungen bis 100 Mark 6 Mark, über 100 bis 500 Mark 10 Mark, über 500 bis 1000 Mark 12 Mark, über 1000 bis 2000 Mark 16 Mark, über 2000 bis 5000 Mark 20 Mark (Mindestbetrag ist von 2000 Mark auf 5000 Mark erhöht); die Einschreibgebühr ist auf 4 Mark festgesetzt.

Für die Einschreibung sind bei Vorauszahlung zu entrichten für eine Briefsendung nach dem Ortsbestellbezirk 6 Mark, nach dem Landbestellbezirk 18 Mark; für ein Paket nach dem Ortsbestellbezirk 12 Mark, nach dem Landbestellbezirk 24 Mark; für das eingeschaltete Zahlkarten bis 100 Mark einschließlich 3 Mark, über 100 bis 500 Mark einchl. 5 Mark, über 500 bis 1000 Mark einchl. 6 Mark, über 1000 bis 2000 Mark einchl. 8 Mark, über 2000 bis 5000 Mark einchl. 10 Mark, über 5000

bis 20 000 Mark einchl. 12 Mark, für je weitere 10 000 Mark oder einen Teil dieser Summe mehr 6 Mark; für bargeldlos beglichene Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens jedoch 30 Mark für eine Zahlkarte; für Kassenscheide, die bargeldlos beglichen werden 1/2 vom Tausend des Scheinbetrags, für Vorauszahlungen mit Postkarte 2 vom Tausend des Scheinbetrags; für gewöhnliche Telegramme für jedes Wort 5 Mark, mindestens 50 Mark, im Ortsverkehr jedoch 3 Mark für jedes Wort mindestens 30 Mark.

Die Inlandsgebühren für Briefsendungen, Wertsendungen, Postanweisungen und Pakete gelten auch nach dem Saargebiet (jedoch Pakete nicht zugelassen) sowie nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und dem Remelgebiet. Die Inlandsgebühren für Briefsendungen gelten ferner nach Luxemburg und Oesterreich (Pakete nach beiden Ländern nicht zugelassen).

Die Auslandsgebühren betragen vom 1. Oktober 1922 ab für Postkarten 12 Mark, jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 9 Mark; für Briefe bis 20 Gramm 20 Mark, jede weiteren 20 Gramm 10 Mark (Mindestgewicht 2 Kilogramm), jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 15 Mark, je weiteren 20 Gramm 10 Mark; für Druckfachen für je 1 Kilogramm 4 Mark; für Geschäftsbriefe für je 50 Gramm 4 Mark, mindestens 20 Mark; für Warenproben für je 50 Gramm 4 Mark, mindestens 8 Mark; Einschreibgebühr für Briefsendungen 40 Mark; Einschreibgebühr 4 Mark; Rücksendungsgebühr 1 Mark; Vorzugsgebühr für Nachnahmen auf Briefsendungen (vom Absender zu entrichten) 4 Mark; Gewichtgebühr für Wertbriefen für je 50 Gramm 8 Mark, mindestens 40 Mark (dazu Einschreibgebühr von 4 Mark); Versicherungsgebühr für Wertbriefe und Wertpakete für je 3000 Mark 5 Mark; Versicherungsgebühr bis 500 Mark 5 Mark, über 500 bis 1000 Mark 10 Mark, jede weiteren 1000 Mark 5 Mark, jedoch nach England, den britischen Kolonien und den britischen Schutzstaaten im Ausland für jede weiteren 1000 Mark 10 Mark; Seehandlungsgebühr für Wertpakete 4 Mark (Versicherungsgebühr unberücksichtigt); Nachnahmegeld für Pakete 5 Mark für 1 500 Mark des Nachnahmebetrag, jedoch nach Frankreich, französischen Kolonien usw. 4 Centimes (umzurechnen nach dem Gegenwert für Paketgebühren) für je 10 franz. Franken, mindestens 5 M.

Gehters. Professor: „Run, Kathi, wie brennt der waschherd?“ — Kathi: „Bei, bei, Herr Professor! Seit Sie im letzten Sonntag angezündet haben, ist er so gar nicht angegangen!“

Seizure: Westfälisch in Neuenburg, 210. Durch die in Ost- und Oberamtsbezirk, sowie im südlichen westfälischen Bezirk A. 1 mit Postbeschlüssen.

In Fällen von höherer Instanz besteht kein Anspruch auf Vierterung der Zeit, aber auf Wiederholung des Beschlusses.

Bestellungen nehmen Köpfer, in Neuenburg, während die Anträge jederzeit entgegen.

St. Louis Nr. 24 bei E.A. Spatzsche Neuenburg

Prüfung, 19. Sept. der Republik hat beantragt. — Der 1. gültig auf den 3. Okt. Halle, 19. Sept. lung des Vereins in Deutschland, erdichte gang der Freie, nämlich Rotgemeinschaften, und in der Erziehung mög- und Interferenz gelegentlich des Beschlusses erachtet. Meinung des Leitungs forderte die Verwirklichung. Berlin, 20. Sept. Berliner Vorkonferenz des Schwedischen Vereins anhat, der Verfassung. — Niemand wisse, denn der Krieg sei nicht man nicht Frieden nicht untergehen. Berlin, 20. Sept. gestern nachmittag den das Stimm-Überfocerte nur ganz kurze werkschäftsführern mit weit sei, mit ihnen führen. — Die Luft an gesperrt. Infolge weise unerwünschlich billiger, vorangefestigt Handwerk legt. — A den und hatte mit wichtige Besprechung lung Bayerns. Wä da die Besprechung fe



Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillekleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

C. Berner, Pforzheim, u. Blumenstr.

Ecke Metzger-

Frisch eingetroffen:

Margarine und Nussbutter

bester Ersatz für Süßrahmbutter und dabei wesentlich billiger.

Konsum- u. Sparverein Neuenburg/Enz und Umg.

Junges, kräftiges, ehrliches

Mädchen,

das etwas licken kann, zum Anlernen für sofort gesucht. Köchin vorhanden.

Angebote an

Frau v. Grub, Karlsruhe, Leopoldplatz 7 a, 4. Stof.

Freiwillige Feuerwehr Neuenburg.

Haupt- und Schluß-Übung

am Samstag, den 23. September, abends 7/8 6 Uhr.

Der Übung wird der Herr Bezirksfeuerlösch-Inspektor heimwohnen. Sämtliche Corpsangehörige haben sich in voller Ausrüstung mit allen Zubehörsachen (Signalpfeifen, Steigerleinen usw.) einzufinden. Pünktliches und vollständiges Auftreten wird erwartet.

Das Kommando.

Karl Kübler
Emma Kübler
geb. Wurster
grüßten als
Vermählte

Neuhütten
Stuttgart

Calmbach

16. September 1922.

Bettbarchente, Bettfedern, Matragen, Schonerdeden, Metall-Bettstellen

empfeht

August Schlienz,
Betten-Spezialgeschäft,
Pforzheim, Kronprinzenstraße 10, 1 Tr.

Anfertigung von Aussteuer-Betten bei reeller billigster Bedienung.

Stundenfräulein

gesucht für täglich einige Stunden Hausarbeit.

Wo sagt die Engländer-Geschäftsstelle.

Neuenburg.

Zu verkaufen:

1 Hochzeits-Anzug für mittlere Figur, 1 moderner grauer Herren-Anzug für große, starke Figur, 1 dunkler Herren-Überzieher, ein Gummimantel für schlankere Figur.

Karl Zinkbeiner,
Wildbaderstraße 158.

Weiche mit

Henko

die Wäsche ein!

Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda; allbewährt für Wäsche und Hausputz.

Alleinige Hersteller:
HENKEL & CIE., DÖSSELDORF.

Ostertag-Rassenschrank,

Innenmaße: 60 cm hoch, 40 cm breit, 40 cm tief, mit Tresor und 2 Bücherräumen, fabriknneu, weit unter Tagespreis sofort lieferbar.

Allein-Vertreter:

Georg Köbele, Nagold, Fernspr. 126.

Einige tüchtige

Fasser

auf Marfots gesucht.

Scholl A.-G.,
Zentrale Neuenburg/Enz.

Neuenburg.

Ranin-, Ziegen und Wiegefarten Reheselle

kauft dauernd zu hohen Preisen

Diétrich,
mit und ohne Ueberblatt liefert preiswert

G. Nech'sche Buchdruckerei,
Jnh. D. Strom.

Schwann.

Zwei selbstgegründete

Wlster

für jüngere Herren sehr preiswert zu verkaufen

Wlth. Merkle, Schneider.

Mädchen

aus besserem Hause, für Haushalt (3 Personen) in angenehmer Stellung gesucht.

Frau Oberlehrer Ludwig Rastatt, Rosenstraße 8.

H. M.

Heute abend Schumann

Ämtliche Kurze

mitgeteilt von der Konfirma Baer & Glend, Karlsruhe i. B.			
1 Proz. Kriegsanleihe	77 1/2	Rügen, El. Rtt.	785
1/2 Proz. Eisenb. Anl.	78 1/2	Bahnhof	805
1/2 Proz. do. cono.	80 1/4	Rordb. Nord Rtt.	492
1/2 Proz. Bayern	90 1/4	Edmör Rtt.	2900
1/2 Proz. Württemberg	76.40	Bah. Anilin u. Soda Rtt.	1565
		Deutsche Rtt.-Rtt.	2250

Deutsche Schatzg. 1 Franzos. = Mk. 277
Dollan 1 Gulden = Mk. 370

Neuenburg, 19. Sept. nahm einen Antrag an, demert, die gegen den kerner einen Antrag an an reaktionären Zeitun einbar sein soll. Die einmütiglichen wurde ein Antrag des Parteieinzelnen Länder, für jedes parlamentarische zu einem zuverlässigen publikantischen Regierun gung erhaltete Abge der Reichstagsfraktion köhög.

Das Nar

München, 20. Sept. Verhandlungen gegen Kaufmann Felix Koch der internationalen K Reimbü, den Münch Zeitung" wegen 1. Oktober beginnen und Münchener Reuefener vor mehreren Wochen folgenommen. In f Aiken mit Schriftstüc Kampfanfrage gegen

Berlin, 20. Sept. Thüringens wendet gegen die einseitige so Sozialisten hätten, w rätowablen beweiß, n sich und müßten daro staltische Regierung Traunschweig und S anbringen, um von muß die Demokratische Mitteln so rasch wie Die rechtsstehenden und Volkentscheids in Verbindung garet

„Vereinigte

Berlin, 20. Sept. versengung an, indem Gem am 24. Septem Partei sein werde. S Lebensperiode der P bis Hofstegen und A schließlich eine Situat Zusammenschluß sich witz bestehen.“ Schreib Auffassungen, aber f und Gegeneinanderbe rechtsfertigen. In de verschiedenen Auffass